

Gegen den Entzug des Parteistatus - Solidarität mit der DKP!

Am

8.7.21 entschied der Bundeswahlausschuss, die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) nicht zur Bundestagswahl zuzulassen. Wir kritisieren diesen Angriff auf die DKP und die gesamte Linke aufs Schärfste!

Begründet

wurde diese Entscheidung damit, dass die Partei die Fristen zur Abgabe eines Rechenschaftsberichtes nicht eingehalten habe. Ein Rechenschaftsbericht enthält die gesamte Buchführung einer Partei, also auch inklusive aller kleinen Kreisorganisationen und Bezirksverbände. Für kleine Parteien, die keinen riesigen Apparat mit hauptberuflichen Funktionär_innen haben, ist die Erstellung dieses Berichtes, der noch dazu von einem_einer Wirtschaftsprüfer_in testiert werden muss, ein großes Stück Arbeit, das lange dauert. Während die Nebeneinkünften von bürgerlichen Spitzenpolitiker_innen kein Thema sind, wird einer linken Kleinstpartei versucht daraus ein Strick zu drehen.

Angriffe

auf linke Parteien haben in Deutschland eine lange und schmutzige Tradition, ob durch gesetzliche Verbote oder hinterhältige Tricks. Während sich faschistische Parteien wie die NPD oder der „Dritte Weg“ für die Wahl aufstellen dürfen, wird die DKP drangsaliert und soll ins finanzielle Ruin getrieben werden. Dabei müssen wir den Entzug des Parteienstatus der DKP im Kontext vermehrter Angriffe von Staat und Repressionsorganen auf die linke Bewegung insgesamt betrachten. So wurde versucht linken Vereinen wie Attac oder dem VVN bda (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten) die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Jugendclubs, die linken Organisationen und Antifa-Gruppen Räumlichkeiten bieten, soll die öffentliche Förderung

entzogen werden. Die Finanzierung außerschulischer politischer Bildung soll an die faschismusrelativierende Hufeisentheorie und ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung geknüpft werden. Linke Gruppen werden durch den Verfassungsschutz überwacht, selbstorganisierte Freiräume wie die Liebig34 oder Rigaer94 werden geräumt. Neue Polizei- und Versammlungsgesetze sollen zudem die Handlungsspielräume einschränken, sich dagegen zu wehren.

Wir

sind solidarisch mit der DKP! Getroffen hat es sie, aber gemeint sind alle linken Organisationen, Vereine und Strukturen. Wir begrüßen die Entscheidung der DKP vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Entscheidung des Bundeswahlausschusses zu klagen. Gleichzeitig haben wir kein Vertrauen in den bürgerlichen Staat und seine Institutionen und müssen den Kampf gegen Repressionen und die rechtsäugig blinde Justiz auch auf der Straße organisieren. Dafür fordern wir auch ihrem Anspruch nach linke Parteien wie SPD und Linkspartei, sowie den Deutschen Gewerkschaftsbund zur Solidarität mit der DKP auf.